

## **Massenarbeitslosigkeit in Europa – der Hebel zum massiven Abbau der nationalen und europäischen Demokratie**

**Agenda 2010, Pakt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, TTIP – alle haben eines gemeinsam: Sie versprechen Arbeitslosigkeit durch Wachstum zu beseitigen. Doch sind die Wachstumsversprechungen den einschneidenden Demokratieverlust wert, den die Befürworter planen? Und gibt es andere Lösungen als Wachstum und neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft?**

Bereits die deutsche Agenda 2010 konnte nur aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit durchgesetzt werden. Auch die Etablierung privater Systeme in der Krankenversicherung (Zuzahlungen bzw. Notwendigkeit von Zusatzversicherungen) und in der Rentenversicherung (z.B. Riesterrente) konnten nur durchgesetzt werden, weil aufgrund der Arbeitslosigkeit die Beiträge sanken und in der Krankenversicherung die Ausgaben gleichzeitig stiegen. (siehe auch [http://www.sozialismus.de/kommentare\\_analysen/detail/artikel/rueckgang-mit-besorgnis/](http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/rueckgang-mit-besorgnis/) )

Durch Hartz IV konnten die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung trotz steigender Arbeitslosigkeit stabil gehalten werden. Allerdings auf dem Rücken zahlreicher Arbeitsloser mit für ein so demokratisches Land wie Deutschland skandalösen Schikanen. Diese Schikanen verletzen teilweise sogar Menschenrechte, die im Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgelegt sind. (siehe auch „Parallelbericht der Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland 2011“ [www.wsk-allianz.de](http://www.wsk-allianz.de) )

Durch die Ausweitung von Teilzeitstellen auf inzwischen 27% aller Stellen wurde eine neoliberale Arbeitszeitverkürzung auf dem Rücken der Beschäftigten durchgeführt. Damit erreichte die Bundesregierung eine Verringerung der offiziellen Arbeitslosenzahlen und eine Reduzierung der Kosten von Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Anstieg der Ausgaben für Aufstocker. Und die Wirtschaft bekam billige Arbeitskräfte. Ein großer Teil der Teilzeitstellen wird in Form von Mini- und Midijobs angeboten, von denen die Beschäftigten nicht leben können, in denen teilweise Löhne unter 5,-€ gezahlt werden und durch die keine nennenswerten Rentenansprüche erworben werden. Wenn die Bundesregierung also sinkende Arbeitslosenzahlen feiert, dann liegt es nicht an der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dies wäre auch gänzlich unlogisch, wenn man bedenkt, dass das Jahresarbeitsvolumen aller Beschäftigten seit den 90er Jahren um 3 Milliarden Stunden gesunken ist! (siehe auch „arbeitsmarkt aktuell Nr. 2“ vom Februar 2012, DGB)

Die Produktivität zerstört sukzessive Arbeitsplätze durch Rationalisierung, während das Wachstum auf einem Wert um 1 bis 1,5 % stagniert und diese Tendenz nicht aufhalten kann. Alles was passiert ist, dass Vollzeitstellen zerstückelt werden in Teilzeitstellen. Wenn alle Menschen, die in Teilzeit arbeiten, die Stunden bekämen, die sie arbeiten wollten, bräuchte es nach einer Studie des Familienministeriums 1,5 Millionen mehr Arbeitsplätze. Damit wird die offizielle Arbeitslosenstatistik endgültig zu einer Scheinstatistik.

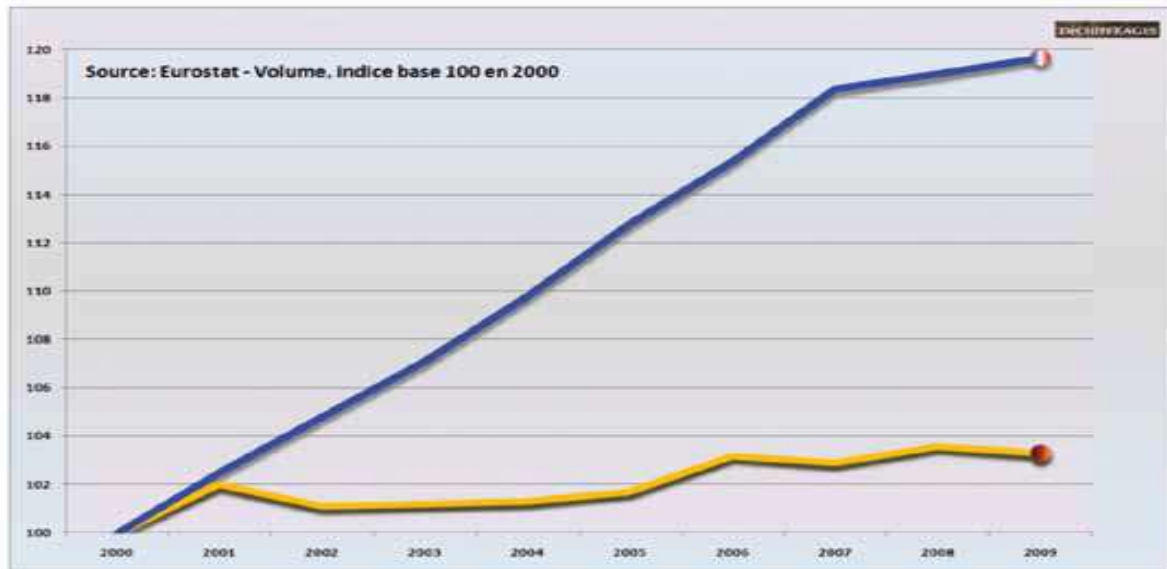
Auch der Ausbau der prekären Beschäftigung durch Leiharbeit, befristete Verträge, Werkverträge und 1,-€-Jobs hat langfristig kaum Arbeitsplätze geschaffen.

**Aber wenn die Arbeitslosigkeit gar nicht wirklich reduziert wurde, wem nutzen der Ausbau der Niedriglohnssektors , die Schikanen in der Bundesagentur für Arbeit und die verdeckte Arbeitslosigkeit ?**

- Eine Unterfinanzierung der solidarischen Kranken- und Rentenversicherungen und die Förderung privater Versicherungen nutzt nur den Versicherungskonzernen und Banken. Dieser Markt ist riesig und extrem lukrativ. Wer da mitmischt kann riesige Profite machen.

- Ein Heer billiger und von Angst um den Verlust ihres Jobs getriebener Arbeitskräfte nutzt vor allem den großen Konzernen. Den kleinen Unternehmen scheint es auf den ersten Blick auch zu nutzen. Allerdings bei näherer Betrachtung sind diese größtenteils viel stärker von der Binnenmarktnachfrage abhängig und damit auch von stabilen Löhnen, die diese Nachfrage generieren können. Dementsprechend stagniert der Binnenmarkt seit Jahren. Hierzu eine Eurostatgraphik aus der Studie der Green European Foundation „Mehr arbeiten? Weniger arbeiten?“

### Verbrauch der Haushalte in Frankreich und Deutschland



blau: Frankreich im Jahr 2000 100% 2009 : 119,7%  
 gelb: Deutschland im Jahr 2000 100% 2009 : 103,3%

„Es ist eindeutig zu beobachten, dass der Verbrauch in Deutschland durch den explosionsartigen Anstieg der kleinen Jobs (Mini-Jobs und 15-Stunden-Arbeit) während der Jahre 2000 nicht gesteigert werden konnte (gerade mal 3,3%). In Frankreich dagegen, wo der Teilzeitanteil stabil geblieben ist, stieg der Verbrauch der privaten Haushalte für denselben Zeitraum um 20%.“ (Jean-Marie Perbost)

- Die Gewerkschaften wurden noch mehr in die Defensive gedrängt und damit das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer weiter zurückgedrängt. Neben der großen Arbeitslosigkeit, die Gewerkschaften schon immer in ihrer Verhandlungsmacht geschwächt hat, kommt nun noch der legale Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse hinzu.

**Dies führt zu einem Demokratieverlust bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Allerdings wenn wir auf die derzeitigen Tendenzen der EU im Zuge der Krise sehen, kann uns demnächst ein weitaus größerer Demokratieverlust bevorstehen.**

Im Zuge der Europakrise haben wir aktuell über 27 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose. Die Dunkelziffer dürfte weit über 30 Millionen liegen.

Und Frau Merkel möchte das Modell Agenda 2010 in die EU exportieren. Genau das verbirgt sich nämlich hinter dem Pakt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings hätte dies noch viel weiter reichende Konsequenzen. **Denn er erlaubt der EU-Kommission und dem EU-Rat unter Ausschluss der nationalen Parlamenten (!!!) Eingriffe in den nationalen Haushalt bezüglich Renten-, Gesundheits- und Tarifpolitik vorzunehmen!**

Diese Politik wird bereits bei den südeuropäischen Schuldnerländern im Rahmen des Fiskalpakts

erprobt und soll, wenn es nach dem Willen von Frau Merkel geht, auch in allen anderen EU-Ländern praktiziert werden – ganz unabhängig vom Defizit des jeweiligen Landes. Dies würde z.B. die Heraufsetzung des Rentenalters, Senkung von Mindestlöhnen, Einschränkung der Tarifautonomie, Senkung staatlicher Gesundheitsleistungen, etc. bedeuten, also Troika für alle und immer! (siehe auch <http://www.attac.de/startseite/teaser-detailansicht/news/europa-geht-anders/> )

**Und der Hebel, der angesetzt werden soll, um diese unglaubliche Entdemokratisierung und den unglaublichen Abbau unserer sozialen Errungenschaften zu legitimieren, heißt „Abbau der Arbeitslosigkeit“.**

Doch in Deutschland haben wir die Wirkung von Hartz IV auf die tatsächliche Arbeitslosigkeit gesehen. In Griechenland können wir sehen, was eine noch viel umfangreichere Austeritätspolitik aus einem Land machen kann. Die Rezession in Griechenland überrascht selbst das IWF, das solche Maßnahmen bereits viele Male in Entwicklungs- und Schwellenländern angewandt hat. (siehe auch <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424127887324299104578527202781667088> )

Auch das Freihandelsabkommen zwischen USA und EU, das derzeit verhandelt wird, verspricht Wachstum und damit bis zu 160 000 Arbeitsplätze. Das Resultat: Nahezu die gesamte Presse kommentiert die Verhandlungen positiv und schiebt alle demokratischen Bedenken zur Seite. Bei näherer Betrachtung sind allerdings die Arbeitsplatzprognosen mit großer Vorsicht zu betrachten. Bei wenigen großen Konzernen werden tatsächlich zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, gleichzeitig werden allerdings auch Arbeitsplätze zerstört. Beim Freihandelsabkommen NAFTA zwischen USA, Mexiko und Kanada wurde ebenfalls mit Arbeitsplätzen geworben. Statt den erhofften 170 000 neuen Arbeitsplätzen in den USA, schätzen manche Wissenschaftler einen Verlust von 700 000 Arbeitsplätzen. In Mexiko kommt die Bilanz ebenfalls zu einem Verlust von 700 000 Arbeitsplätzen vor allem in der Agrarwirtschaft.(siehe auch <http://www.ingenieur.de/Politik-Wirtschaft/Exportwirtschaft/Nafta-Job-Bilanz-umstritten> und „Die Nafta hilft Mexiko weniger als erhofft“, Handelsblatt ,22.12.2003)

**Somit scheinen weder die Agenda 2010, der Pakt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit noch das Freihandelsabkommen die Ziele von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erreichen.**

Auf die Frage, wem das Ganze dann eigentlich nutzen soll, ein Zitat von Bernard Arnault, Mehrheitseigner des Luxusgüterkonzerns LVMH, Christian Dior, etc., reichster Franzose und zehntreichster Mensch der Erde. Er freut sich über den Einflussverlust der demokratischen Regierungen:

**"Die Unternehmen, vor allem die internationalen, verfügen über immer mehr Mittel, und in Europa können sie den Wettbewerb unter den Staaten ausnutzen [...] Der reale Einfluss von Politiken auf die Wirtschaft eines Landes wird immer geringer. Zum Glück."(24)**

Bernard Arnault, "La Passion créative. Entretiens avec Yves Messarovitch", Paris (Plon) 2000.

Die Vorstände der großen Konzerne arbeiten schon seit Jahrzehnten auf einen neoliberalen Umbau Europas und der Welt hin. Die Europakrise scheint ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen Umbau nun endlich zügig ohne allzu lange Verhandlungen mit Gewerkschaften und Bürgern\_innen umzusetzen.

**Die Frage an uns Bürger\_innen ist: Wollen wir der Entdemokratisierung zusehen und damit langfristig auch unsere sozialen Errungenschaften und unser gutes Leben aufgeben oder können wir uns wehren?**

**Und welche Alternativen zum neoliberalen Umbau gäbe es?**

**Wo müssten wir als allererstes ansetzen, um einen weiteren Umbau zu stoppen um dann langsam die bereits eingeführten „Reformen“ rückgängig zu machen ?**

**Was ist der Hebel? Welchen benutzt die Gegenseite?**

**Der Hebel ist die horrende Arbeitslosigkeit.**

**Und haben wir dafür eine solidarische, kooperative, wachstums-freie Lösung, die tatsächlich allen nutzt?**

**Ich glaube : JAAA wir haben eine:  
30 Stundenwoche für Europa bei Lohn- und Personalausgleich!**

**Dies ist eine solidarische, kooperative, wachstums-unabhängige Alternative, Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen, Kranken- und Rentenversicherungen zu stabilisieren, den Binnenmarkt zu beleben und Konzerngewinne von den Aktionären zurück an die Produzenten, also die Arbeitnehmer\_innen umzuverteilen. Und die Einführung wäre ein klares Votum unserer gewählten Politiker\_innen für ein Ende des sinnlosen Wettbewerbs der EU-Staaten untereinander und für ein gemeinsames, solidarisches, demokratisches, von Volksvertreter\_innen regiertes Europa. Ein Europa, das Zukunft hat und Nationalismus und rechtem Gedankengut keinen Nährboden gibt. Ein Europa, in dem nicht mehr mit den Argumenten Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen der neoliberale Umbau vorbei an uns Bürger\_innen forciert werden kann, sondern ein Europa, in dem wieder soziale Reformen möglich werden.**

Um die zahlreichen dringenden sozialen Reformen von der Zügelung der Finanzmärkte bis zur Demokratisierung der EU umzusetzen, ist es also notwendig, nicht mehr unter dem Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit und des Wachstumszwangs zu stehen.

Hierzu beginnen wir gerade mit dem Aufbau eines Bündnisses in Deutschland und Europa. Neben einigen Organisationen wie KAB, kda, ver.di Jugend und Frauen, isw, Gewerkschaftslinke, Memogruppe, etc. beginnen wir mit Collectif Roosevelt und Actes 67 aus Frankreich ein internationales Netzwerk aufzubauen. „Die Linke“ in Deutschland, Teile der Sozialisten und Grünen in Frankreich, die SPÖ in Österreich, die Grillo-Partei in Italien unterstützen die Idee der Arbeitszeitverkürzung.

Einer der berühmtesten US-amerikanischen Richter in der Geschichte des Supreme Court, Louis Brandeis, sagte einmal: "Wir müssen wählen. Wir können eine Demokratie haben, oder wir können eine Konzentration von Reichtümern in den Händen einiger weniger haben, aber wir können nicht beides haben."

Franklin Delano Roosevelt, Präsident der USA zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise sagte am 14. April 1938:

„Die Demokratie ist bei verschiedenen großen Völkern verschwunden, nicht deshalb weil diese

Völker die Demokratie ablehnen, sondern weil sie der **Arbeitslosigkeit und Unsicherheit müde** geworden sind, weil sie nicht mehr zusehen wollten, wie ihre Kinder hungerten, während sie selber hilflos dasaßen und mit ansehen mussten, wie ihre Regierungen verwirrt und schwach waren ... Wir in Amerika wissen, dass unsere demokratischen Einrichtungen bewahrt werden ... Aber um sie zu bewahren, müssen wir den Nachweis führen, dass die demokratische Regierungsform in ihrer praktischen Arbeit der Aufgabe, die Sicherheit des Volkes zu schützen, gewachsen ist.“

Weiterführende Daten und Fakten zu Finanzierung, etc. finden Sie auf unserer attac-website:  
<http://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen/>

Fragen können auch an mich gestellt werden: Michaela Amiri, [michaweis@gmx.de](mailto:michaweis@gmx.de) , 089/17104156 oder 0176/60814279 ab 13.00 Uhr

Wenn Du von dieser Idee begeistert bist und an dieser Kampagne mitbauen willst: Der Arbeitskreis ArbeitFairTeilen in München trifft sich in der Regel an jedem 1. und 3. Donnerstag im Monat im EineWeltHaus und freut sich auf Dich. (Zur Abklärung von Terminänderungen bitte vorher anrufen)

Politisches und soziales Engagement braucht auch finanzielle Unterstützung. Dazu haben wir ein Spendenkonto eingerichtet. Jeder Betrag hilft uns, das Thema Arbeit Fair Teilen voranzubringen:

Kontoinhaber: Attac

Stichwort: „ArbeitFairTeilen“

Konto: 800100800, BLZ: 43060967, GLS Gemeinschaftsbank